Stand: 09.11.2025 11:18:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/167

"Folgen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der Länder Bulgarien und Rumänien für Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/167 vom 03.12.2013
- 2. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 04.12.2013
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/736 des BU vom 12.02.2014
- 4. Beschluss des Plenums 17/842 vom 25.02.2014
- 5. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 25.02.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.12.2013

Drucksache 17/167

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Folgen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der Länder Bulgarien und Rumänien für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und ggf. unter Beteiligung weiterer fachlich zuständiger Ausschüsse über zu erwartende positive und negative Folgen sowie die bevorstehenden Herausforderungen der Landespolitik durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Länder Bulgarien und Rumänien ab dem 1. Januar 2014 zu berichten.

Dabei sollen zum einen die Beschlüsse der 90. Konferenz der für Arbeit und Soziales zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder vom 27. und 28. November 2013 in Magdeburg auf Grundlage der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Armutswanderung aus Osteuropa" sowie die in dieser Arbeitsgruppe von der Staatsregierung vertretenen Position und ihr dortiges Engagement vorgestellt werden.

Zum anderen soll insbesondere auf folgende weitere Fragen eingegangen werden:

- Welche wirtschafts-, arbeits-, sozial- und migrationspolitischen Erfahrungen konnte die Staatsregierung seit Öffnung des Arbeitsmarkts für die mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2011 bislang machen?
- In welcher Größenordnung und in welchem Zeitfenster rechnet die Staatsregierung mit verstärkten Migrationsbewegungen aus den Ländern Bulgarien und Rumänien nach Bayern?
- In welchem Umfang rechnet die Staatsregierung ab Januar mit Armutsmigrationsbewegungen nach Bayern und wie wird sie hiervon betroffene Kom-

- munen im Umgang mit den wachsenden Soziallasten und dem Erhalt eines friedlichen Miteinanders von Zuwanderern und anderen Bevölkerungsgruppen in den Kommunen unterstützen?
- Welche Potenziale sieht die Staatsregierung in der zu erwartenden Migrationsbewegung, um dem Fachkräftemangel in Bayern zu begegnen und die Finanzierung des deutschen Sozialstaats im Lichte des demografischen Wandels für die Zukunft sicherzustellen?
- Wie viele Bulgaren und Rumänen sind seit dem EU-Beitritt ihrer Heimatländer im Rahmen der Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit nach Bayern gekommen und in welcher Größenordnung rechnet die Staatsregierung in dieser Bevölkerungsgruppe künftig mit Umwandlungen bereits bestehender Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Bayern?
- Auf welche bayerischen Kommunen wird Migration allgemein durch Wegfall der Schranken der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Bulgarien und Rumänien größere Auswirkungen haben und welche bayerischen Kommunen verzeichnen schon gegenwärtig überdurchschnittliche Zuwanderung aus beiden in Rede stehenden Ländern?
- Welche integrationspolitischen Maßnahmen ergreift und plant die Staatsregierung im Rahmen der bevorstehenden Zuwanderung in diesem Bereich und durch welche weiteren Schritte will sie eine ungesteuerte Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme verhindern?
- Hält die Staatsregierung in diesem Zusammenhang mehr Engagement auf Bundesebene für erforderlich?
- Inwieweit hält die Staatsregierung eine engere Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungsvorschläge für sinnvoll?

Begründung:

Mit dem Beitritt der Staaten Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union 2007 legten die Altmitgliedstaaten Einschränkungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt für eine bestimmte Dauer fest, um sog. "Migrationsschocks" zu verhindern. Durch den Wegfall

der letzten Schranken der Arbeitnehmerfreizügigkeit für beide Staaten zum 1. Januar 2014 bestehen in der Öffentlichkeit Sorgen und Ängste. Von Ökonomen und Migrationsforschern werden Nettoauswanderungen im sechsstelligen Bereich prognostiziert. Auch Deutschland, bzw. Bayern könnten aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise in den südlichen europäischen Ländern dabei attraktives Ziel der zu erwartenden Wanderbewegung sein.

Zugleich besteht von Seiten der Kommunen die Sorge, dass die Folgen und Kosten sog. "Armutszuwanderung" aus Bulgarien und Rumänien die Städte, Gemeinden und Landkreise belasten werden. Der Deutsche Städtetag kritisierte in diesem Zusammenhang auch, dass die deutschen Integrationskonzepte sich nicht dafür eigneten, europäische Armutswanderung effektiv zu bekämpfen.

Allerdings zeigen erste Ergebnisse der Öffnung des Arbeitsmarkts für die mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten seit 1. Mai 2011, dass sich damalige Prognosen und Szenarien in vielen Teilen nicht bewahrheiteten. Auch lassen sich durch die Öffnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Hinblick auf den von Seiten der Wirtschaft monierten Fachkräftemangel in Bayern und Deutschland gleichfalls positive Effekte erwarten.

Der geforderte Bericht soll unter Einbezug der aktuellen Beschlüsse der 90. Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 27. und 28. November 2013 die derzeitigen Erwartungen und Maßnahmen der Staatsregierung darlegen.

verlust in stärkerem Ausmaß an einem Standort droht, zukünftig verfolgt wird.

Soweit diese Änderung für das Protokoll.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/167 bis 17/172 sowie 17/184 bis 17/187 wer-

den an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen. Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 19.13 Uhr)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.02.2014 Drucksache 17/736

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/167

Folgen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der Länder Bulgarien und Rumänien für Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Bernhard Pohl Mitberichterstatter: Dr. Franz Rieger

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundesund Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie und der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 4. Sitzung am 21. Januar 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 7. Sitzung am 6. Februar 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 7. Sitzung am 6. Februar 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 5. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 12. Februar 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz RiegerVorsitzender

Bayerischer Landtag

25.02.2014 Drucksache 17/842

17. Wahlperiode

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/167, 17/736

Folgen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der Länder Bulgarien und Rumänien für Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und ggf. unter Beteiligung weiterer fachlich zuständiger Ausschüsse über zu erwartende positive und negative Folgen sowie die bevorstehenden Herausforderungen der Landespolitik durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Länder Bulgarien und Rumänien ab dem 1. Januar 2014 zu berichten.

Dabei sollen zum einen die Beschlüsse der 90. Konferenz der für Arbeit und Soziales zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder vom 27. und 28. November 2013 in Magdeburg auf Grundlage der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Armutswanderung aus Osteuropa" sowie die in dieser Arbeitsgruppe von der Staatsregierung vertretenen Position und ihr dortiges Engagement vorgestellt werden.

Zum anderen soll insbesondere auf folgende weitere Fragen eingegangen werden:

- Welche wirtschafts-, arbeits-, sozial- und migrationspolitischen Erfahrungen konnte die Staatsregierung seit Öffnung des Arbeitsmarkts für die mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2011 bislang machen?
- In welcher Größenordnung und in welchem Zeitfenster rechnet die Staatsregierung mit verstärkten Migrationsbewegungen aus den Ländern Bulgarien und Rumänien nach Bayern?

- In welchem Umfang rechnet die Staatsregierung ab Januar mit Armutsmigrationsbewegungen nach Bayern und wie wird sie hiervon betroffene Kommunen im Umgang mit den wachsenden Soziallasten und dem Erhalt eines friedlichen Miteinanders von Zuwanderern und anderen Bevölkerungsgruppen in den Kommunen unterstützen?
- Welche Potenziale sieht die Staatsregierung in der zu erwartenden Migrationsbewegung, um dem Fachkräftemangel in Bayern zu begegnen und die Finanzierung des deutschen Sozialstaats im Lichte des demografischen Wandels für die Zukunft sicherzustellen?
- Wie viele Bulgaren und Rumänen sind seit dem EU-Beitritt ihrer Heimatländer im Rahmen der Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit nach Bayern gekommen und in welcher Größenordnung rechnet die Staatsregierung in dieser Bevölkerungsgruppe künftig mit Umwandlungen bereits bestehender Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Bayern?
- Auf welche bayerischen Kommunen wird Migration allgemein durch Wegfall der Schranken der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Bulgarien und Rumänien größere Auswirkungen haben und welche bayerischen Kommunen verzeichnen schon gegenwärtig überdurchschnittliche Zuwanderung aus beiden in Rede stehenden Ländern?
- Welche integrationspolitischen Maßnahmen ergreift und plant die Staatsregierung im Rahmen der bevorstehenden Zuwanderung in diesem Bereich und durch welche weiteren Schritte will sie eine ungesteuerte Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme verhindern?
- Hält die Staatsregierung in diesem Zusammenhang mehr Engagement auf Bundesebene für erforderlich?
- Inwieweit hält die Staatsregierung eine engere Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungsvorschläge für sinnvoll?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Protokollauszug 12. Plenum, 25.02.2014

1

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des

BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Ich

sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, möchte ich Ihnen das Abstim-

mungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten

Rinderspacher, Halbleib, Aures und anderer und Fraktion (SPD) zur Durchsetzung

eines Mindestlohns und zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffent-

lichen Auftragsvergaben in Bayern, Drucksache 17/58, bekannt geben. Mit Ja haben

52 gestimmt, mit Nein haben 94 gestimmt, und es gab 13 Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. Januar 2014 (VF. 5-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans "Weitnau-Hellengerst – Ettensberger Weg" des Marktes Weitnau vom 25. Oktober 2013

PII/G-1310.14-0005 Drs. 17/782 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. Januar 2014 (VF. 4-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

- 1. des § 4a Abs. 3, § 5 Abs. 3 und 4, § 9a Abs. 5, 6 und 8 Satz 4, § 10a Abs. 3 und 5 sowie des § 27 Abs. 2 Satz 2 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I),
- des Art. 7 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 922, BayRS 2187-3-I), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2012 (GVBI S. 270),
- 3. der Werberichtlinie vom 17. Januar 2013 (AIIMBI S. 3)

PII/G-1310.14-004 Drs. 17/783 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Münchner Kunstfund Drs. 17/65, 17/694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD
Pläne für ein Wissenschaftszentrum auf dem Quelle-Gelände darlegen
Drs. 17/109, 17/725 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hochschulnutzung des ehemaligen Quelle-Versandzentrums Drs. 17/115, 17/695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kommunalfreundliche Änderung des BlmA-Gesetzes und weiterer Rechtsvorschriften für frei werdende militärische Liegenschaften Drs. 17/143, 17/665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

7.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Transatlantic Trade und Investment Partnership (TTIP) Drs. 17/146, 17/759 (E)				
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier		r nd Verkehr, Energie ur	nd Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
8.	Klaus Adelt u.a. SPD	iglisten bei Bewerbun	aul Gantzer, Dr. Paul V	Vengert,	
		enden Ausschusses fü	ìr		
	Fragen des öffentlich CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
9.	Dr. Christian Magerl	Fauna-Flora-Habitat	NDNIS 90/DIE GRÜNE	EN)	
		enden Ausschusses fü	ìr		
	Umwelt und Verbraud	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
10.	Dr. Hans Jürgen Fah	n u.a. und Fraktion (F peitnehmerfreizügigke ı	oert Aiwanger, Florian i REIE WÄHLER) it der Länder Bulgarien		
		enden Ausschusses fü angelegenheiten sowi SPD	ir e regionale Beziehung FREIE WÄHLER	en GRÜ	

11.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Anbau von gentechnisch verändertem Mais "1507" in Bayern! Drs. 17/171, 17/655 (E)			
	Votum des federführe Umwelt und Verbraud CSU		ür FREIE WÄHLER	GRÜ
12.	Inge Aures u.a. und F Stabilität des Handwe	raktion (SPD) erks und Funktionsfäl trächtigungen durch	rkus Rinderspacher, Ai nigkeit des dualen Aust Maßnahmen des europ	oildungssystems
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier CSU		ür und Verkehr, Energie u FREIE WÄHLER	nd Technologie GRÜ
13.	Hans-Ulrich Pfaffman Bewertung der EU-Mi	n u.a. und Fraktion (\$ tgliedschaft Bulgarie daraus resultierende	rkus Rinderspacher, Di SPD) ns und Rumäniens für I e Aufgaben für die Polit	Bayern zum Ende der
	Votum des federführe Bundes- und Europaa CSU		ür ie regionale Beziehung FREIE WÄHLER	en GRÜ
14.	Ulrike Müller u.a. und	Fraktion (FREIE WÄ ablehnen – Beitritt z	bert Aiwanger, Florian : .HLER) um "Europäischen Netz	
	Votum des federführe Umwelt und Verbraud CSU		ür FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

Anlage 3
zur 12. Vollsitzung am 25. Februar 2014

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Keine Anbaugenehmigung der gentechnisch veränderten Maissorte "1507" in Bayern - Agrogentechnik hat auf unseren bayerischen Fluren keinen Platz! Drs. 17/186, 17/653 (A)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch CSU	nerschutz	r FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
16.	Dringlichkeitsantrag de Thorsten Glauber u.a. Meisterpflicht schützer Drs. 17/187, 17/761 (E	und Fraktion (FREIE า – duale Berufsausb		Streibl,
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien CSU		r nd Verkehr, Energie un FREIE WÄHLER	nd Technologie GRÜ
17.	Antrag des Abgeordne Standortvergabe für da Drs. 17/255, 17/762 (E	as Beschussamt Süd		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien CSU		r nd Verkehr, Energie un FREIE WÄHLER	nd Technologie GRÜ
			团	
18.	Antrag der Abgeordne Verena Osgyan u.a. u Promotionsrecht für He Drs. 17/256, 17/696 (A	nd Fraktion (BÜNDNI ochschulen für angev	e, Ludwig Hartmann, S 90/DIE GRÜNEN) vandte Wissenschaften	ı - Fachhochschulen
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun CSU		r FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	

Anlage 3
zur 12. Vollsitzung am 25. Februar 2014

19.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen Drs. 17/266, 17/732 (E)				
	Votum des federführe Bildung und Kultus	nden Ausschusses f	ür		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		Z			
20.	Dringlichkeitsantrag d Peter Meyer u.a. und Ansprüche wegen Alt Drs. 17/268, 17/765 (A	Fraktion (FREIE WÄ ersdiskriminierung ko	bert Aiwanger, Florian 9 HLER) ompensieren!	Streibl,	
	Votum des federführe		ür		
	Fragen des öffentliche CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
21.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Militärforschung an Bayerns Universitäten: Transparenz herstellen – Verantwortung der Hochschulen fördern Drs. 17/269, 17/697 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für				
	Wissenschaft und Kui	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	ENTH	A		
22.	Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a. Bericht zum Bedarf ar Drs. 17/326, 17/698 (I	SPD n Masterstudienplätze			
	Votum des federführe Wissenschaft und Kur CSU		ür FREIE WÄHLER 🛮	GRÜ ☑	

23.	Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Klaus Adelt u.a. SPD Quelle-Gebäude nutzen, Machbarkeitsstudie unterstützen! Drs. 17/327, 17/699 (A)				
	Votum des federführe Wissenschaft und Kur CSU		ür FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
24.	 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD) Zehn Jahre Osterweiterung der Europäischen Union und EU-Mitgliedschaft Tschechiens aus bayerischer Sicht – Konsequenzen für die Politik Drs. 17/328, 17/738 (E) 				
	Votum des federführe Bundes- und Europaa CSU		ür ie regionale Beziehung FREIE WÄHLER	en GRÜ	
				Z	
25.	. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht zur Krankenhausplanung in Bayern Drs. 17/329, 17/667 (E) Votum des federführenden Ausschusses für				
	Gesundheit und Pfleg CSU	e SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z	Z		Z	
26.	Antrag der Abgeordne Dr. Simone Strohmay Bericht zu den Übung Drs. 17/371, 17/621 (B	r u.a. SPD sklausuren zum Abit			
	Votum des federführe Bildung und Kultus				
	CSU	SPD _	FREIE WÄHLER	GRÜ _	
				Z	

27.	Antrag der Abgeordneten Hubert Alwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die bayernweiten Ergebnisse der länderübergreifenden Mathematik-Probeklausur Drs. 17/379, 17/619 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
28.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Die richtigen Konsequenzen aus den Ergebnissen der Übungsklausuren für das länderübergreifende Abitur – Fach Mathematik – ziehen! Drs. 17/380, 17/618 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
29.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Noten der Übungsklausuren für das länderübergreifende Abitur – Fach Mathematik – auf Wunsch streichen Drs. 17/381, 17/617 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für				
	Bildung und Kultus CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "No Spy" – und europäisches Anti-Spionageabkommen Drs. 17/391, 17/649 (A)				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, II CSU			GRÜ	
	A			Z	

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zur Zukunft des Nürnberger Hochschulstandorts "Auf AEG" Drs. 17/393, 17/700 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD

Baverische Interessen schützen – Bewertung des Verhandlungsmandats der EU-Kommission zur TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und des Final Reports der United States-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth (HLWG) in Bezug auf die öffentliche Versorgung Drs. 17/397, 17/739 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD

Bayerische Interessen schützen – Aktueller Stand der Verhandlungen und Ablauf weiterer Verhandlungsrunden zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) Drs. 17/398, 17/740 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD

Bayerische Interessen schützen – Initiativen zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge im Rahmen der TTIP-Verhandlungen (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Drs. 17/399, 17/741 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

35.	5. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Bayerische Interessen schützen – Hände weg von der öffentlichen Daseinsvors und zentralen Schutzstandards bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabl EU/USA (TTIP) Drs. 17/400, 17/742 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ					
36.	Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner, Dr. Florian Herrmann, Volker Bauer u.a. CSU Aussetzung der Rangliste München bei Bewerbungen zum Polizeidienst Drs. 17/402, 17/764 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
37.	Antrag der Abgeordne Alexander Flierl u.a. C Unterstützung der Kon Drs. 17/411, 17/664 (E	nschaften				
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ					
38.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Evaluierung der Lehrerbedarfsprognosen des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Drs. 17/414, 17/731 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für					
	Bildung und Kultus CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

 Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Volker Bauer u.a. CSU Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern! Drs. 17/423, 17/652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Bayern Digital – 100 Tage-Check – Folgen der Verlagerung der "Digitalisierung" vom Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium Drs. 17/426, 17/625

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hausarztverträge ohne Honorarobergrenze Drs. 17/611, 17/744

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Budgethoheit erhalten – keine zwangsweise Einführung europäischer Buchführungs- und Bilanzierungsstandards (EPSAS)
 Drs. 17/676, 17/753

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat